

# Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 48.	Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-L., Seminarstr. 23. p.	Dresden, im November 1920.	Erscheint wöchentl. Donnerstags Abonnement 4 Jährl. bei Voraus- zahlung u. Kreuzband III 6.50	Preis 45 Pfg. Durch die Postanstalten Haus 5 Pfg. Beleggeld extra.
---------	---	----------------------------	---	--

## Lehren des Elektr.-Streiks

Der Streik der Berliner Elektriker ist eben zusammengebrochen, wie vorauszusehen war, an der Politik der Gewerkschaften. Syll von der RPD bemerkte auf dem Betriebsratungskongress in Berlin diese Tatsache, um zu erklären, daß der Kampf der Elektriker nicht mit einer Niederlage, sondern mit dem Sieg der Arbeiter geendet habe, da er der Gewerkschaftsbürokratie die Maske vom Gesicht gerissen habe.

Eine kleinere, parteigewöhnliche Schlußfrist, die ein X für ein U erklärt, kann es schlechterdings nicht geben. Es hat für die Leser des „Kommunisten“ an dieser Stelle keinen unbedingten Wert, wenn wieder alle Kraft der Polemik verwendet wird, um gegen die längst bankrotten Gewerkschaften einen neuen Vorstoß zu machen. Die Gewerkschaftsfrage ist für uns prinzipiell kein Problem mehr. Aber desto stärker ist die Verpflichtung, weiter zu forschen, um die neuen Wege, die die Revolution gehen oder nicht gehen wird, schon jetzt einigermaßen kennen zu lernen.

Es war während des letzten Berliner Streiks, ebenso wie auch bei früheren Gelegenheiten, nicht nur der Machtkampf zwischen proletarischem und bürgerlichem Lager zu beobachten; das wesentliche für das revolutionäre Proletariat war das Spiel und Gegenpiel der RPD und RPD, und es ist von vornherein festzustellen, daß der Mißerfolg der Bewegung eben auf diesem parteimäßigen Spiel und Gegenpiel beruht. Wäre es gelungen, das eigentliche Wollen der revolutionären Arbeiterkraft zu formulieren, wäre man auf Seiten der RPD nicht stehen geblieben in Parolen, die für ein früheres Stadium der Revolution gegolten haben, aber heute veraltet sind, dann wäre dieser Bruch unter den Streikenden nicht gekommen, dann hätte sich ereignen müssen, was immer protokolliert worden ist: die Einigung der in Parteien verkümmerten Arbeiterkraft durch den Kampf, auf Grund der revolutionär und historisch richtigen Parolen. Um so mehr, als dieser Streik in eine bereits hochkritische Situation hineinspielt.

Die Ausprägung der 5000 Vorkriegs-Arbeiter hatte, als allzu deutliches Zeichen des wachsenden Kraftbewußtseins der Unternehmer, allgemeine Erbitterung geschaffen. Und weiterhin appellierten die Erwerbslosen an das Solidaritätsgefühl der Arbeitenden und laurten auf die Auslösung der Hochspannung durch die revolutionäre Aktion.

Getreu ihrem Grundglaube, maximalistische Forderungen aufzustellen, machte die RPD Propaganda für den Generalstreik. Sie erwartete dabei die Ausdehnung des Berliner Streiks auf das Reich und im Anschluß daran den unmittelbaren Kampf um die Macht. Sie mußte erleben, nicht nur, daß das Gegenpiel der bremenden Parteien stärker war als ihr Aufmarsch, sondern auch daß ihre eigenen Anhänger im Reich sich passiv und abwartend verhielten. Und damit befristet sich wieder, was immer wieder von unserer Seite betont wurde: Erstens, daß sich eine Generalaktion nicht von einer Zentrale aus einfindeln und leiten läßt und zweitens, daß die Methode des Kampfes sich auf die Aktivität aller im Betrieb Arbeitenden aufbauen muß, anstatt auf den passiven Gehorsam der Partei und ihrer Mittläufer.

Zum ersten Punkt wiederholen wir unsere alten Argumente, nicht weil wir berufsmäßige Wiederkäufer wären, sondern weil diese letzten Erfahrungen sie bestätigt haben: Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen sind vollständig verschiedene in den einzelnen Wirtschaftsbezirken. In Ostpreußen beispielsweise, wo eben erst der Gemeindefabrikarbeiter kämpfte, wo der Wahlkampf auf seinem Höhepunkt war, und die Diskussion über die dritte Internationale die Gemüter erregte, wie hätte hier in Ostpreußen wohl die Aufforderung zum Generalstreik gewirkt? Nur einfach lächerlich! Bis man hier aus einer relativ unrevolutionären Situation eine revolutionäre Tat herausgezapft hätte, mußte notwendigerweise der Berliner Generalstreik über seinen eigenen Wertpunkt hinausgekommen sein, und was man hier erlebt hätte, wäre traurig grotesk geworden.

Zum zweiten Punkt ist es wohl nötig, noch etwas konkreteres hinzu zu fügen, soll er nicht wie eine leere Phrase klingen. Die Forderung des Generalstreiks ist an sich eine negative. Sie bedeutet, kein Mensch darf arbeiten. Sie ist eine Parole der Passivität. Ein einfaches Nichtstun kann aber nie die Spannung und die höchste Konzentration der Kräfte bewirken, die zur Durchföhrung der revolutionären Aktion nötig ist. Darum muß die unangesehene Parole nicht nur lauten: Sammlung der Massen auf der Straße, Bereitschaft zu offenem Kampf! Durch diese Wendung aber ist der Revolutionär seines Charakters als Aus-

gebeuteter eines Unternehmers entkleidet. Er vertritt die Basis seiner ökonomischen Existenz und sind zwangsläufig den Einfüssen einer demokratischen Ideologie ausgeliefert. Es ist uns daher klar und es folgt direkt aus dem ganzen Gedankengang des ostpreussischen Bezirks, daß gleichzeitig mit der Parole des Generalstreiks auszugeben ist die Parole der Befreiung der Betriebe. Und ebenso folgt, daß die Befreiung zunächst militärischen, dann aber auch sehr bald ökonomischen Charakter zeigen muß, daß Bestandsaufnahme, Fortführung der Produktion und Verteilung der Produkte von der im Betrieb verbleibenden revolutionären Arbeiterkraft und unter Führung der revolutionären Räte erfolgen muß.

Dieses Bild mag formal erinnern an die spartakistische Lösung: Kontrolle der Produktion. Selbstverständlich ist es ein ganz anderes. Spartakus sabotiert grundsätzlich die Generalstreikparole mit der Begründung: in einer Zeit, die ohnehin die Arbeiter auf die Straße wirft, arbeitet man mit Generalstreik dem Unternehmer in die Hände. Wie unfinnig solche eine Behauptung ist, liegt ja auf der Hand. Oder sollte man im Ernst meinen, es sei dem Vorkriegertum nur recht, wenn es keine Verheerung, Verelendung, Heißungsmittel etc. mehr gäbe? Aber einmal ganz abgesehen hieron; einen geistigen Knotenpunkt in der Spartakus-Ideologie bildet die Lehre von den historischen Etappen, die das Proletariat zu durchwandern hat, ehe es an die Macht kommt. Und diese Lehre steht auch im Hintergrund zu der Ablehnung des Generalstreikgedankens. Erst habe das Proletariat sich erst um die wirtschaftliche Kontrolle der Betriebe zu bestimmen, und dann sei der politische Kampf um die Macht zu führen. Wir lehnen die Etappenlehre grundsätzlich ab, und darum halten wir uns an dieser Stelle nicht bei ihr auf. Aber sie hat auch ein gutes; und das ist das Herausheben der verschiedenen Kampfmittel im Gegensatz zu der einseitigen Generalstreikparole der RPD. In der Tat ist es höchst wichtig, die Waffen alle zu kennen und zu bewerten, sie anzuwenden je nach dem, je nach der Art des Betriebes und der gesamten politischen ökonomischen und geistigen Situation. Ein anderes aber ist es, diese an sich richtige und grundlegende wichtige Erkenntnis zu sabotieren durch die Art ihrer zentralistischen Anwendung. Und hier leistet wiederum Spartakus Unglaubliches. Injenerierte er noch vor wenigen Wochen den Rummel der sogenannten politischen Arbeiterräte, so zieht er sich heute bereits auf die gelegentlichen Betriebsräte und Gewerkschaften als die gegebenen Instanzen zur Einleitung der revolutionären Aktion zurück. Betriebsräte und Gewerkschaften sollen gemeinsam die geschlossenen Betriebe wieder in Stand setzen, dieselben Gewerkschaften, denen nach dem oben zitierten Ausspruch Syll gerade in diesem Streik die Maske vom Gesicht gerissen ist.

Dieselben Gewerkschaften? Welche Demagogie! ruft Spartakus. Wir wollen ja die alte Bürokratie erschlagen durch eine neue, und die neue erst soll die Revolution in die Hand nehmen! Ja, ja, das liegt der Hase im Pfeffer. Der neuen Postenjaeger sind zu viele, sie müssen deshalb die Alten, nebenbei tausendmal blamierten Herrscher aller Proletarier kaum verjagen, sonst kommt der Nachdruck nicht mehr rechtzeitig an die Spitze. Aber ganz abgesehen davon. Es ist ein Skandal, daß man einem marxistisch geschultem Proletariat vorzureden mag, ein System sei eine Personenerfrage. Die ganze individualistische, kleinbürgerliche Gedankenwelt hängt am Personenkultus, die Sucht, die Massen zu täuschen durch ihre Gläubigkeit an Einzelpersonen, parlamentarischer Namen-Fetterschismus und zentralistischer Führer-Treffen hier zusammen, um ein Arbeiter weiß zu machen, daß die materialistische Geschichtsauffassung von der Behaglichkeit der Individuen an der Gewerkschaftsbürokratie ein Loch hat. Die marxistischen Dialektiker von der RPD, Sektion III Internationale, mögen sich dabei heimlich ins Fäustchen lachen. Ihr Appell an die Dummheit und Langsamkeit, an die Schafsgeduld der deutschen Arbeiter dürfte einen anderen Erfolg haben, als sie erwarten. Nicht nur der alten Gewerkschaftsbürokratie ist die Maske vom Gesicht gerissen, sondern auch der Spartakusbund selbst und mit ihm die neue Gewerkschaftsbürokratie werden dahin fortgemet, wo sie hingehören: in die Kumpfkammer veralteter Waffen.

Und die RPD wird sich überlegen müssen, welchen Weg sie in Zukunft gehen will. E. R.

## Parteien und Räte

(S. v. Hoerfelmann, Berlin, und Gemeinschaft. Verlag von E. Dietrich, Jena.)

Wie über Nacht ist von Ost nach West stetig Boden gewinnend, der Gedanke einer neuen Art der Volkvertreter über halb Europa vorgebrungen. In den weiten Räumen von der Wolga bis an den Rhein herrscht heute bereits, wenn nicht an Stelle, so doch neben der alten diese neue Art der Vertretung in Gestalt des „Rätegleitens.“ Und es wird nicht lange dauern, bis sie auch in den westlichen Ländern der heutigen Sieger Einlaß findet. Die Idee des Rätegleitens ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen und wird in irgendwelcher Form überall ihre Ansprache anmelden. Denn sie hängt mit der Katastrophe des Krieges innerlich nicht notwendig zusammen, sondern bedeutet vielmehr eine lange vorbereitete Reaktion auf die Entpönblichung unserer Zivilisation, auf die mechanische Organisation der Gesellschaftsmasse „von obenher“, bei der der einzelne nur als Nummer, als isoliertes allen anderen gleiches Atom des sozialen Prozesses erscheint.

Die bisherige moderne Demokratie, wie sie zuletzt in Deutschland verwirklicht worden ist, ermittelt den „Volkswillen“ dadurch, daß sie alle paar Jahre einmal dem einzelnen eine Liste von Namen vorlegt, unter denen er seine bevorzugten Vertreter für die Leitung der Staatsgeschäfte direkt wählen soll. Diese Vertreter sind in aller Regel von der obersten Leitung großer, bürokratisch organisierter Interessengruppen, der „Parteien“ ausgesucht, vertreten einen territorial sehr großen Bezirk, dem sie selbst als Einwohner gar nicht anzugehören brauchen und sind dem einzelnen Wähler zumest ganz unbekannt. Im idealen Falle der sogenannten „Verhältnismäßigkeit“ z. B. sollte sogar das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bilden, so daß etwa der Wähler in Königsberg und der Wähler in Pforzheim einen und denselben Vertreter wählen, der stellt vielleicht in Hamburg zu Hause ist und dessen tägliche Berufsarbeit weder mit Königsberg noch mit Pforzheim Verhältnisse in irgendwelcher Verbindung steht. Die Vertreter werden zudem in einer bestimmten, im voraus festgelegte Zeitperiode gewählt, so daß während derselben die Wähler weiter keinen direkten Einfluß auf sie haben und erst nach Ablauf mehrerer Jahre einen anderen Vertreter wählen dürfen, wenn ihnen der bisherige nicht mehr zusagt. Darauf beschränkt sich die politische Betätigung des einzelnen, sofern er nicht am internen Leben der Parteien teilnehmen will, wo sich aber dieselben Verhältnisse nur in etwas kleinerem Maßstabe wiederholen. Die eigentliche Macht haben die Parteileitungen, die mit großen Geldmitteln im Sinne verchiedener gerichteter kapitalistischer Interessen arbeiten.

Das Ideal der Räteverfassung verlangt das genaue Gegenteil: gegenüber dem mechanischen ein organisches Prinzip zur Ermittlung des Volkswillens. Es sind im wesentlichen folgende Gedanken, die ihm zugrunde liegen. Erstens: als wirklicher Vertrauensmann einer Gruppe von Menschen kann nur jemand gelten, der selbst zu dieser Gruppe gehört und mit ihren übrigen Gliedern in stetem Kontakt steht. Zweitens: Die ersten natürlichen Gruppen der Menschen ergeben sich aus ihrer täglichen Arbeit. Die tägliche Arbeitsgemeinschaft ist der Ausgangspunkt für jede organische Parteiverfassung. Eine solche tägliche Arbeitsgemeinschaft ist stets örtlich lokalisiert, meist direkt in einem „Betriebe“ auf engem Raum vereinigt. Solche „Betriebe“ sind daher das typische Beispiel für die ersten natürlichen Gruppen, für jene „Zellen“ der Gemeinschaft, aus denen sich die gesellschaftliche Organismus weiterhin aufzubauen hat. Wo aber ein „Betriebe“ nicht eigentlich vorliegt, da schafft doch der gemeinsame Beruf zusammen mit der gegebenen örtlichen Begrenzung ebenfalls natürliche Arbeitsgruppen. Bei den sogenannten geistigen Berufen wird diese Art der Zusammenfassung die Regel bilden. In jedem Falle aber ist die territoriale Begrenzung, das örtliche Beieinander der Einzelnen der Gruppe durchaus wesentlich, Berufsverbände allein, — wie z. B. die Gewerkschaften — können als natürliche Gruppe nicht gelten, weil sie erstens nicht alle Mitglieder eines bestimmten örtlich begrenzten Betriebes und zweitens nicht nur diese (sondern auch die Angehörigen anderer Betriebe) umfassen. Innerhalb eines und desselben Betriebes kann die rein berufliche Gliederung dagegen dadurch zum Ausdruck kommen, daß den verschiedenen Arten von Tätigkeiten geforderte Vertreter entsprechen. Der Sinn der Einrichtung ist immer der, daß möglichst jede noch so kleine Gemeinschaft von einander persönlich kennen und zu einem bestimmten gemeinsamen Arbeitszweck zusammenkommenden Menschen zunächst einmal für sich allein, als Ganzes, einen bestimmten politischen Willen herausbildet. Dabei ist es zunächst gleichgültig, wie im einzelnen dieser Wille ermittelt wird, er braucht vor allem nicht ohne weiteres dem formalen „Mehrheitswillen“ der Demokratie gleichgesetzt zu werden, der eine bloße Summe von Einzel-

Genossen!  
Werbt für den „Kommunisten“!

Partei festzusetzen. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden gegen alle schwankenden und unklaren Elemente — um so mehr je jünger die Kampfe werden. Gegen die Angriffe der Gegner muß festgesetzt werden, was die Partei wirklich ist und will. Von Zeit zu Zeit muß gegenüber neuen politischen Situationen, die sich ergeben, was die Partei handeln muß. Mit einer Organisation, die nicht zu einheitlicher Auffassung und einheitlichem Handeln zusammengefaßt werden kann, kann man nicht kämpfen. In der Praxis des Kampfes ist das Handeln mehr wert als die Diskussion.

Wir geben Euch recht — und wir glauben, jeder Revolutionär wird Euch recht geben — wenn ihr fordert, daß die Organisation so beweglich sein soll als möglich ist. Ihr wißt ja gut wie wir, daß es nur eine Geldfrage ist, Parteitage so oft abzuhalten als es die revolutionäre Bewegung erfordert. Und wenn ihr andere praktische brauchbare Vorschläge macht, die geeignet sind, die Diskussion aller schwebenden Fragen überall in der Partei in Fluß zu halten, so werden alle Parteigenossen bereit sein, diese Vorschläge aus Echnsthaftigkeit zu prüfen. Aber ihr könnt nicht wünschen, daß durch ein Verbot bindender Beschlüsse allen unkontrollierbaren Einflüssen Tür und Tor geöffnet wird.

Überall in der Partei sucht Spartakus durch seine Agenten Einfluß zu gewinnen. — Ihr könnt nicht wünschen, daß jedes ausgeübte Handeln der Partei, jede Unterwerfung einer Unterarbeit unter den Willen der Mehrheit von vornherein ausgeschlossen wird. Ebenfalls wollen wir, daß Diskussionen über ungelöste Probleme durch Gewaltakte vorgelegt und ohne Not abgebrochen werden.

Genossen! Wir wissen wohl, daß wir damit noch nicht alle Streitpunkte innerhalb der Partei besprochen haben. Aber wir haben die herausgehobenen, die uns am meisten dringlichster Natur zu sein scheinen. Wir erheben Euch, ebenso wie wir den Kampf gegen die persönliche Schimpfereien, auf den sich Rühle bezogen hat, zu verlassen und hoffen, daß ihr in unserer Darstellung der ersten Willen zu ephemerer sachlicher Klärung erkennen werdet.

Die Unterstützungskommission für Inhaftierte I. A. Karl Füller Peter Ehlen

### Aus der Bewegung

Eine in zwei Tagungen stattgefundene Mitglieder-Versammlung der RPD in Dresden befaßte sich eingehend mit dem Thema: „Politische Organisation und Allgemeine Arbeiter-Union“. Folgende Resolutionen wurden bei Schluß der zweiten Tagung gegen 1 Stimme angenommen.

Die am 22. 11. 20 tagende Mitglieder-Versammlung der RPD in Dresden stellt sich nach wie vor auf den Boden der von Besatzungsbesatzungen gestifteten Beschlüsse, welche Keineswegs die Verneinung der politischen Organisation bedeuten, wohl aber verhindert wissen wollen, daß sich die RPD wiederum zu einer Partei alten Stils entwickelt.

Sie erklärt, daß wir — im Gegensatz zu den anderen Bezirken — uns damit demnach im besten Einklang mit dem Willen des Programms der RPD befinden.

Die Mitglieder-Versammlung betrachtet jetzt schon die Organisation mehr als eine politische Forderung der RPD, aber nicht als eine politische Forderung der Partei.

Frankfurt a. M. Auf einer Zusammenkunft der Bezirksgruppen existente, die jetzt abgebrochen wurde und sich nach erfolgter Abhaltung der Besatzungsbesatzungen einmütig auf den Boden der Dresdener Resolutionen stellte, hielt Gen. Rühle ein informierendes Referat über die parteipolitische Situation in Deutschland, an das sich eine lebhaftes Zuspriechen knüpfte, von der nicht minder wertvolle Mitteilungen und Anregungen ansahen. — Eine Dolmetschermittlung mit dem Thema: „Revolution ist keine Parteifrage“ und Gen. Rühle als Referenten bestritten nicht so sehr in Bezug auf den Versuch (das Lokal war sehr mangelhaft gelegen) als vielmehr bezüglich der sachlichen Bereicherung und Klärung, die den Referenten abgelesen wurden. Referat und Diskussion verliefen in größter Ruhe und Ordnung. Dagegen wurde eine für Sonntag, den 7. Nov. angelegte Dolmetscherversammlung im größten Lokal der Stadt, in der wiederum Gen. Rühle sprechen sollte, durch die KW des abgeleiteten Ganges der RPD mit Gewalt verhindert, nachdem diese sich vorher entsprechende Weisungen von Berlin geholt hatte. Sonntags sind wir also froh.

Meerane i. Sa. Die Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Meerane nahm einstimmig folgende Entschliessung an: Die heute stattgefundene Mitglieder-Versammlung der RPD Gruppe Meerane erklärt sich mit den Handlungen des Gen. Rühle voll einverstanden, sie verwirft die Entschliessung des erweiterten Hauptausschusses betr. Rühle und erklert in der Abstimmung der Vertreter nicht von Willensausdruck der Mitglieder. Die Gruppe Meerane wird die Beschlüsse der RPD, bis zur Beschluß aufgehoben und der Zentralausschuß durch andere Genossen ersetzt ist.

### Briefkasten

Freunde, Schwaben. Unmittelbar bevor Karl Pl. seine wütenden Briefe an O. R. schrieb, wurde er in einem unter dem 2. Oktober 1920 an O. R. gerichteten neun Seiten langen Briefe (Mein lieber Freund K.!) über Berlin und die Berliner wie folgt: „... es hat sich — und das schmerzt mich tief — gezeigt, daß die Erdmänner in Berlin sich nicht nur wohlfielsten in einer bestimmten Schadenfreude, nein, sie wollten sie über Sachliche gegen mich, der keine Wurzeln hat in den sachlichen Gegenständen.“ Mein O. R., mir gegen diese Vorwürfe, die es notwendig ist, in der Durchführung unserer Idee, die längst nicht mehr die Idee der Goldstein-Erdmann-Schwab ist, sich eben so fest zu koalieren, wie es jene tun und getan haben. Ich glaube, wir stehen in der nächsten Zeit vor schweren inneren Parteikämpfen, was mir die plumpe Methode Erdmanns und die Gerissenheit neuerer Störungen Goldsteins und die Bourgeoisie-Diplomatentüfse Schwabs in der letzten Nummer des „Kommunisten“ nicht so sehr in Bezug auf die methodische Schreibweise der RAS in ihrem letzten Daseinskampfe bewiesen haben. Ich sehe auch Gefahren bei Karl Schröder, der, wie es mir scheint mag, isoliert von uns, mit aufgehen wird im Strudel der Berliner Dinge...“

(Es folgen Einladungen zu Versammlungen, persönliche Anhimmungen, Unausgesprochenes gegen Maagewirt, Spartakus und die ungenannte Gruppe, die sich in der letzten Nummer des „Kommunisten“ als methodische Schreibweise der RAS in ihrem letzten Daseinskampfe bewiesen haben. Ich sehe auch Gefahren bei Karl Schröder, der, wie es mir scheint mag, isoliert von uns, mit aufgehen wird im Strudel der Berliner Dinge...“)

Als weiland König Stumm noch Geldgeber der „Post“ war, pflegte er bei ähnlichen Talentproben seine Redakteure zu fragen: „Welcher Fels hat denn das geschrieben?“ Es hieß, die gesamte Elfschaft Deutschlands befehligen, wenn man sie in irgendwelchen Zusammenhang mit diesem Flugblatt bringen. Auch hierin zeigt sich die tiefe Verfall der RPD als der letzten der Parteien. Wer bisher noch zweifelte, daß wir recht hatten als wir schrieben: armstellige Partei-Korporale seien von dem Großwahn befallen, Partei-Generale spielen zu wollen, hat jetzt die authentische Bestätigung dafür in den Händen. Das Forum der Führer wird immer kleiner und tagelänger. In Bezug auf die geistige Qualität föhlt die Führerschaft der RPD nach ihrer neuesten Leistung den letzten sterbenden Ausläufer der alten Parteiberficktheit, die letzte degenerierte und korumpierte Generation in der langen Abneuerie eines ehedem stolzen Geschlechts dar.

Das sind die Leute, die eine revolutionäre Partei zum Siege führen wollen! Denen das Proletariat sein Schicksal anzuvertrauen soll! Bedauerliches Proletariat, wenn es darauf angewiesen wäre! Zum Glück ist es dabei, sich auf sich selbst zu verlassen, die besten Willenmacher unter den letzten sterbenden Ausläufer der alten Parteiberficktheit, die letzte degenerierte und korumpierte Generation in der langen Abneuerie eines ehedem stolzen Geschlechts dar.

### Politisches Notizen

Die litauische Randstaatenpolitik tritt anscheinend wieder einmal in ein neues Stadium. Während bisher England, indem es sich Litauens bediente, stark gegen Frankreich rivalisierte, läßt es jetzt plötzlich erkennen, daß es an einer Existenz des litauischen Staates nicht mehr interessiert ist. Es hat den Konflikt World, der als Verfechter litauischer Interessen galt, abberufen und bezieht seine Basis jetzt bei der bevor-

stehenden Unterjochung und Aufhebung Litauens durch Polen vor. Sinter Polen steht natürlich Frankreich, das, nachdem Drangel im Süden vernichtend geslagen ist, mit verdoppelter Energie an die Schaffung und Wiedererrichtung eines einzigen russischen Reiches im Norden geht. Die Befreiung der Randstaaten, die Vermeidung Litauens, die Anerkennung der politischen Oberhoheit durch Estland, Litland, Ukraine und Weißruthenien sind Vorbereitungen hierzu. In den baltischen Staaten kommt ihm die Unfähigkeit zu eigener wirtschaftlicher Existenz entgegen; solange Rußlands ökonomischer Zusammenbruch anhält, sind sie bei Strafe ihres Unterganges auf die Unterstützung durch Polen d. h. Frankreich angewiesen. Damit aber die Bäume der französischen Ostpolitik nicht in den Himmel wachsen, wird England wieder einmal ein wenig mit Sowjet-Rußland kokettieren und für die erforderliche notwendige Beunruhigung in Paris sorgen. In Berlin, wo man die Ostpolitik Englands getreulich nachzuspüren pflegt, wird man dem Beispiel Englands folgen, und alle, die dieses politische Ränke- und Kullenspiel nicht zu durchschauen vermögen, werden darin eine Kapitulation der Entente und einem moralischen Sieg Sowjet-Rußlands erblicken.

### Internationaler Bund der Kriegsoffer

Geschäftsstelle ist nach Zahnsgasse 3 I verlegt. Geöffnet täglich von Abends 7 Uhr. Wertsendungen sind zu richten an Hugo Koch, Trachenbergerstr. 20 III.

Achtung! Delegierte und Gäste zum Gau'ag nach Zwickau: Treffpunkt um 11 Uhr in der Kuppelhalle Hauptbahnhof Dresden. Abfahrt 11 25.

Zu dem am 29. November im Bataius, Bautzener Straße und am 30. November in den Annensäulen, Fischhofplatz, abends 7 Uhr, stattfindenden öffentlichen Versammlungen des Internationalen Bundes der Kriegsoffer, Gruppe Dresden, werden alle Vertreter sämtlicher revolutionärer Parteien, sowie die Vertreter aller Kriegsbetroffenen-Organisationen eingeladen.

### Die Ortsgruppenleitung

Eine neue Broschüre!

Im Verlage der Kommunistischen Buchhandlung Dresden, Seminarstraße 23, pt. erscheint in nächster Zeit die Broschüre

### Liebe - Ehe - Familie

von Otto Rühle

Verkaufspreis Mark 2.—. Organisationen erhalten 30 % Rabatt. Auf 20 Exempl. 1 Frei-Exemplar.

Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

### Bezirkskonferenz

Sonntag, den 5. Dezember, vormittags punkt 9 Uhr, im Rest. „Hirsch am Rauchhaus“, Dresden, Scheffelstraße.

### Oeffentl. Versammlung Radebeul

Dienstag, den 30. November, nachmittags 1/2 5 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“.

### Vorstandskonferenz

Sonnabend, 27. November, abends 7 Uhr, im Restaurant „Brandenburg Hof“, Ecke Peter und Berliner Straße.

### An unsere auswärtigen Leser!

Zahlreiche Reklamationen aus allen Teilen Deutschlands, die wegen unregelmäßigen Erscheinens unserer Zeitung an uns ergöhen, machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, Reklamationen auf ihre Postanstalt zu richten, da unsererseits die Zeitung präzise expediert wird.

Die Expedition. Verantwortlich: Karl Krause, Dresden. Druck: Verlagsgesellschaft Bauhaus.

Partei festzusetzen. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden gegen alle schwankenden und unklaren Elemente — um so mehr je jünger die Kampfe werden. Gegen die Angriffe der Gegner muß festgesetzt werden, was die Partei wirklich ist und will. Von Zeit zu Zeit muß gegenüber neuen politischen Situationen, die sich ergeben, was die Partei handeln muß. Mit einer Organisation, die nicht zu einheitlicher Auffassung und einheitlichem Handeln zusammengefaßt werden kann, kann man nicht kämpfen. In der Praxis des Kampfes ist das Handeln mehr wert als die Diskussion.

Wir geben Euch recht — und wir glauben, jeder Revolutionär wird Euch recht geben — wenn ihr fordert, daß die Organisation so beweglich sein soll als möglich ist. Ihr wißt ja gut wie wir, daß es nur eine Geldfrage ist, Parteitage so oft abzuhalten als es die revolutionäre Bewegung erfordert. Und wenn ihr andere praktische brauchbare Vorschläge macht, die geeignet sind, die Diskussion aller schwebenden Fragen überall in der Partei in Fluß zu halten, so werden alle Parteigenossen bereit sein, diese Vorschläge aus Echnsthaftigkeit zu prüfen. Aber ihr könnt nicht wünschen, daß durch ein Verbot bindender Beschlüsse allen unkontrollierbaren Einflüssen Tür und Tor geöffnet wird.

Überall in der Partei sucht Spartakus durch seine Agenten Einfluß zu gewinnen. — Ihr könnt nicht wünschen, daß jedes ausgeübte Handeln der Partei, jede Unterwerfung einer Unterarbeit unter den Willen der Mehrheit von vornherein ausgeschlossen wird. Ebenfalls wollen wir, daß Diskussionen über ungelöste Probleme durch Gewaltakte vorgelegt und ohne Not abgebrochen werden.

Genossen! Wir wissen wohl, daß wir damit noch nicht alle Streitpunkte innerhalb der Partei besprochen haben. Aber wir haben die herausgehobenen, die uns am meisten dringlichster Natur zu sein scheinen. Wir erheben Euch, ebenso wie wir den Kampf gegen die persönliche Schimpfereien, auf den sich Rühle bezogen hat, zu verlassen und hoffen, daß ihr in unserer Darstellung der ersten Willen zu ephemerer sachlicher Klärung erkennen werdet.

### Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands

Geschäftsleitende Hauptauschuß

Berlin, im November 1920.

Wäre der Geschäftsleitende Hauptauschuß der RPD nicht so unglücklich unglücklich und seine offen erklären: Der Ausschluß Rühles ist erfolgt, weil Moskau ungenügend; die RPD will sich d. mit die Aufnahme in die 3. Internationale erkaufen.

Das wäre eine offene Sprache gewesen, zu der freilich die Rühles Sinuwigens nicht fähig sind. So suchen sie, um sich vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, nach erbeuteten Scheingründen und lassen eine angebliche Verletzung Rühles gegen die Partei aus dem Bereich der herkömmlichen ererbten Privatsache Rühles an einen Stettiner Genossen muß dazu herhalten. Was enthält der Brief? Die Konstatierungen: 1., daß Gen. Rühle die Berliner Bewegung nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird. Was ist die Begründung? 1. daß in diesem Briefe Gen. Rühle die RPD nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird.

Was ist die Begründung? 1. daß in diesem Briefe Gen. Rühle die RPD nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird. Was ist die Begründung? 1. daß in diesem Briefe Gen. Rühle die RPD nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird.

Was ist die Begründung? 1. daß in diesem Briefe Gen. Rühle die RPD nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird. Was ist die Begründung? 1. daß in diesem Briefe Gen. Rühle die RPD nicht gefallt, 2. daß sich in einigen Wirtschaftsbezirken Parteimitgliedern von der RPD losgelöst haben, 3., daß die RPD mitten im Verfall ist und bei Spartakus landen wird.

### Briefkasten

Freunde, Schwaben. Unmittelbar bevor Karl Pl. seine wütenden Briefe an O. R. schrieb, wurde er in einem unter dem 2. Oktober 1920 an O. R. gerichteten neun Seiten langen Briefe (Mein lieber Freund K.!) über Berlin und die Berliner wie folgt: „... es hat sich — und das schmerzt mich tief — gezeigt, daß die Erdmänner in Berlin sich nicht nur wohlfielsten in einer bestimmten Schadenfreude, nein, sie wollten sie über Sachliche gegen mich, der keine Wurzeln hat in den sachlichen Gegenständen.“ Mein O. R., mir gegen diese Vorwürfe, die es notwendig ist, in der Durchführung unserer Idee, die längst nicht mehr die Idee der Goldstein-Erdmann-Schwab ist, sich eben so fest zu koalieren, wie es jene tun und getan haben. Ich glaube, wir stehen in der nächsten Zeit vor schweren inneren Parteikämpfen, was mir die plumpe Methode Erdmanns und die Gerissenheit neuerer Störungen Goldsteins und die Bourgeoisie-Diplomatentüfse Schwabs in der letzten Nummer des „Kommunisten“ nicht so sehr in Bezug auf die methodische Schreibweise der RAS in ihrem letzten Daseinskampfe bewiesen haben. Ich sehe auch Gefahren bei Karl Schröder, der, wie es mir scheint mag, isoliert von uns, mit aufgehen wird im Strudel der Berliner Dinge...“

(Es folgen Einladungen zu Versammlungen, persönliche Anhimmungen, Unausgesprochenes gegen Maagewirt, Spartakus und die ungenannte Gruppe, die sich in der letzten Nummer des „Kommunisten“ als methodische Schreibweise der RAS in ihrem letzten Daseinskampfe bewiesen haben. Ich sehe auch Gefahren bei Karl Schröder, der, wie es mir scheint mag, isoliert von uns, mit aufgehen wird im Strudel der Berliner Dinge...“)

Als weiland König Stumm noch Geldgeber der „Post“ war, pflegte er bei ähnlichen Talentproben seine Redakteure zu fragen: „Welcher Fels hat denn das geschrieben?“ Es hieß, die gesamte Elfschaft Deutschlands befehligen, wenn man sie in irgendwelchen Zusammenhang mit diesem Flugblatt bringen. Auch hierin zeigt sich die tiefe Verfall der RPD als der letzten der Parteien. Wer bisher noch zweifelte, daß wir recht hatten als wir schrieben: armstellige Partei-Korporale seien von dem Großwahn befallen, Partei-Generale spielen zu wollen, hat jetzt die authentische Bestätigung dafür in den Händen. Das Forum der Führer wird immer kleiner und tagelänger. In Bezug auf die geistige Qualität föhlt die Führerschaft der RPD nach ihrer neuesten Leistung den letzten sterbenden Ausläufer der alten Parteiberficktheit, die letzte degenerierte und korumpierte Generation in der langen Abneuerie eines ehedem stolzen Geschlechts dar.

Das sind die Leute, die eine revolutionäre Partei zum Siege führen wollen! Denen das Proletariat sein Schicksal anzuvertrauen soll! Bedauerliches Proletariat, wenn es darauf angewiesen wäre! Zum Glück ist es dabei, sich auf sich selbst zu verlassen, die besten Willenmacher unter den letzten sterbenden Ausläufer der alten Parteiberficktheit, die letzte degenerierte und korumpierte Generation in der langen Abneuerie eines ehedem stolzen Geschlechts dar.

### Aufruf

Seit 8 Monaten wird Genosse Karl Minster von der preussischen Klassenjustiz in Untersuchungshaft gehalten, ohne daß bis jetzt ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden ist. In Frankfurt am Main von offener Straße weg verhaftet, wurde er nach Wehrheide bei Kassel gebracht, wo er alle Schikane preussischer Unterdrückungsorgane zu erdulden hat. Die schwache Frankfurter Organisation ist nicht mehr in der Lage, weiterhin allein die ungeheuren Kosten für die Verteidigung zu tragen. Sie richtet daher an alle den Appell, sie in ihrer revolutionären Pflicht zu unterstützen.

willen bedeutet, die mechanisch abgelehnt werden kann. Vielmehr geht die Intention durchaus dahin, daß sich durch Anpassung und Nachgiebigkeit, auf dem Wege gegenseitiger Ueberzeugung und besserer Einsicht eine wirkliche Einigkeit und innere Solidarität unter den persönlichen und menschlich aufeinander angewiesenen Gliedern der kleinen Gemeinschaft herausbildet, so daß diese als ein wirklicher Organismus und nicht nur als eine äußerliche Organisation erscheint.

**Driftens:** Ist so der Gemeinschaftswille der natürlichen „Arzelen“, die an die Stelle der Wahlkreise in der Demokratie treten, durch direkte Wahl ermittelt, so ist die Wahl zu allen höheren Körperschaften indirekt. Das heißt: den Vertretern der in einem größeren Bezirk gelegenen tatsächlichen Arbeitsgemeinschaften kommt neben der Führung der internen Angelegenheiten zugleich nach außen die Rolle von „Wahlmännern“ zu: sie wählen aus ihrer Mitte die gemeinsamen Vertreter für jenen größeren Bezirk. Die Vertreter mehrerer solcher Bezirke verfahren ebenso für den nächstgrößeren Bezirk, und so geht es weiter bis hinauf zur obersten Körperschaft, die das ganze Land nach außen vertritt.

**Viertens:** Alle Wahlen gelten nicht für eine bestimmte vorher festgesetzte Zeitperiode, sondern jeder Gewählte ist jederzeit absetzbar und kann sofort durch einen anderen ersetzt werden. Hierdurch erst wird der ständige lebendige Kontakt zwischen dem Einzelnen und seiner Arzelen sowohl wie zwischen den Arzelen und deren höheren indirekten Vertretern gesichert. Es gibt nun keinen eigentlichen „Staatswillen“ mehr, der — wie in der Demokratie — für längere Zeit unbeeinflussbar und selbständig neben dem Volkswillen tritt, sondern der Staatswille wird gewissermaßen „flüssig“, muß jeder menschlichen Schwankung des Gemeinschaftswillens automatisch nachgeben, da eine solche sich sofort bis in die oberste Körperschaft hinauf schwächer oder stärker bemerkbar macht. Wir erkennen also in dieser Rätebewegung, die ja heute die Gestaltung der Wirklichkeit bereits sehr merklich beeinflusst, einen ersten Versuch, jenem wichtigsten Postulat der bolschewistischen Theorie, daß Staatswille und Gemeinschaftswille vollkommen identisch sein sollen, praktisch gerecht zu werden, das heißt aber: den ersten Anfang zum Abbau des Staates.

Wenn aus dem Rätegedanken eine neue Art der politischen Verfassung lebendig hervorgeht, dann würde schon dies — auch das läßt sich heute bereits erkennen — eine der wichtigsten Lebenswurzeln des Kapitalismus zum Versinken bringen: seinen Einfluß auf die politische Willensbildung. Denn der Kapitalismus bedarf zu seiner Herrschaft gewisse psychologische Voraussetzungen, er ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern zugleich ein psychologisches Phänomen, und als solches lebt er ganz eigentlich von dem „Geist der großen Zahl“, d. h. von all jenen indirekten, unkontrollierbaren und ungreifbaren Einflüssen, die überall dort leichtes Spiel haben, wo eine sehr große Zahl von einander persönlich nicht kennenden Menschen von einer Zentralstelle aus organisiert wird, wo also Abhängigkeiten bestehen, die in gar keiner persönlichen oder menschlichen Verührung der Einzelnen begründet sind. Je größer und unpersönlicher eine Organisation ist, je unübersichtlicher für den einzelnen, um so leichter fällt es ihr, durch Vernichtung des bürokratischen Apparats den Einzelnen ganz unmerklich in einer gewünschten Richtung zu beeinflussen — ganz besonders, wenn es sich um die Beeinflussung zugunsten der Macht des Geldes handelt. Paradoxer ausgedrückt: es ist leichter, hunderte tausend Menschen unter einen Hut zu bringen, als wie hundert. Derselben zehn Menschen, die jeder für sich oder auch gemeinsam als kleine Arbeitsgemeinschaft in gar keiner Weise in ihrer Gefinnung zu beeinflussen wären, verfallen dem unsichtbaren indirekten Einfluß sofort, wenn sie etwa an einer großen Alltagsversammlung beteiligt sind, einer politischen Partei angehören oder auch nur Abonnement der Blätter eines Zeitungs-Kongresses sind. Sie werden dann in die Mitverantwortlichkeit für Entschlüsse oder auch nur Stimmungen hineingezogen, deren Nutzen und Zweck sie nicht übersehen.

Die Rätebewegung schaltet alle diese Einflüsse, die auf dem Geheiß der großen Zahl beruhen, bis zu gewissen Grade automatisch aus. Indem sie den ganzen politischen Körper in so kleine, aber mit selbständigen Eigenleben begabte Zellen zerlegt, die innerhalb einer jeden derselben die persönliche Betreuung der zugehörigen Menschen gewahrt bleibt, ist sie für zugleich gewissermaßen „unerschütterlich“. Jede Zelle ist gegen unheimliche Einflüsse weitgehend geschützt. Die direkte Beeinflussung innerhalb der Zelle wird verfehrt, die indirekte von draußen abgeschwächt; an den Zellengrenzen bricht sich der Einfluß der von einer entfernteren Stelle ausstrahlt, und die Zellengrenzen verhindern wiederum, daß ein solcher Einfluß, einmal eingedrungen, sich durch Akkumulation mehrerer Zellen verläßt und durch einen Zusammenschluß der hier und dort Beeinflussten nach außen wirksam wird. Er wird vielmehr zerstückelt, gewissermaßen von der Zelle aufgefressen, denn der einzig maßgebende politische Zusammenschluß muß ja in der Zelle selbst erfolgen, und hier überwiegen die direkten Einflüsse und die gemeinsamen tatsächlichen Interessen. Auch der Einfluß des Geldes auf die politische Willensbildung kann sich also nicht mehr indirekt, d. h. quer durch das Zellengebäude hindurch, durchsetzen, sondern müßte in jeder einzelnen Zelle seine Arbeit von neuem beginnen. Hier aber herrscht nicht mehr das Geheiß der großen Zahl, sondern die ganz andersartigen Geheiß der direkten persönlichen Gemeinschaft und diese sind der bloßen Macht des Geldes erfahrungsgemäß wenig günstig.

Eine weitere und sehr weittragende Folge dieses Zellenscharakters der Rätebewegung würde sich ferner für das Parteiwesen ergeben. Auch dieses würde ja wesentlich auf dem Geheiß der großen Zahl. Die Parteien sind zumeist zentralistisch organisierte Verbände von sehr vielen, einander in der Regel persönlich unbekannt, aber in annähernd gleicher Richtung interessierten Menschen, die von einer Zentralstelle aus dirigiert werden zwecks einheitlicher politischer Willensbildung. In Wirklichkeit vollzieht sich diese Willensbildung primär innerhalb der Zentralkette selbst, und wird erst von dort mit Hilfe des Parteiapparats indirekt auf den weiteren Mitgliederkreis ausgelehrt. Es aktualisiert sich also nicht eigentlich das Geheiß der großen Zahl, sondern die Macht der Zentralkette, die in den Händen der leitenden Führer, die diese Macht wiederum benutzen, um den politischen Willen der Einzelnen indirekt in bestimmte Bahnen zu lenken. Ein Einfluß auf die Parteileitung bedeutet daher zugleich die weitgehende Beeinflussung der Partei selbst und der in ihr konzentrierten Massenwirkung und Stosskraft. Da aber die an sich mächtigsten und kapitalträchtigsten Einzelinteressen innerhalb der Partei sich diesen Einfluß auf die Leitung an sich selbst sichern können — schon weil der Parteiapparat hoffentlich ist und der Finanzierung bedarf — so ist es selbstverständlich, daß eine Partei in der Regel zu einem Machsinstrument für die Interessen einzelner Gruppen wird. Zum mindesten aber gerät sie, wie die meisten sozialistischen Parteien mit der Zeit in die Hand einer formalistisch erklärten Parteibürokratie. Schluß folgt.

## Erich Mühsam schreibt an Pannetkoek:

Werter Genosse Pannetkoek!  
Im März d. J., gerade in den Tagen der Kapp-Opfer, als ich meine 3-monatige Haftstrafe mit dem durch eine Gefängnisstrafe unterbrochenen müde, schrieb ich eine ziemlich umfangreiche Broschüre: „Die Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus“. Der Umstand, daß alle meine Arbeiten einer Zensur unterliegen, hat es verhindert, daß die Schrift jetzt nach einem vollen halben Jahr noch nicht aus der Strafanstalt herauskommen konnte. Ihr Inhalt ist infolgedessen, soweit er Aktualitätswert hatte, größtenteils

überholt, und wenn die Arbeit einmal noch in Druck gegeben werden können, werden nur noch die akademischen Aufstellungen darin von Interesse sein. Es handelte sich hauptsächlich um eine theoretische Wiederlegung der in den Heideberger „Leitlinien“ der KPD niedergelegten Prinzipien, darüber hinaus um eine kritische Definition des Begriffs Bolschewismus, ferner um den Nachweis, daß die in diesem Begriff ausgebrühten Maximen in wesentlichen Punkten mit Vakunins antiautoritären Tendenzen übereinstimmen und also den kommunistischen Anarchisten der Weg zur Dritten Internationale offen sei, sofern sie ihren ungerechtfertigten Widerstand gegen die proletarische Rätebewegung aufgeben, — und endlich um die Propagierung einer organisatorischen Idee, die für Deutschland die Zerstückelung der linksrevolutionären kommunistischen Proletarier in Parteikommunisten, Kommunistischen Anarchisten, Syndikalisten, Unionisten usw. — selbst als Mittel zur revolutionären Einigung gebrauchen wollte, so zwar, daß keine Partei, keine Gruppe, keine Richtung aufgelöst, geändert oder einer anderen einverleibt werden sollte, sondern alle Korporationen bzw. auch Einzelindividuen, die den Kommunismus auf dem Wege der Sowjetmacht und der proletarischen Diktatur zu erkämpfen entschlossen sind, zu einer „Kommunistischen Föderation“ zu vereinigen seien. Es sollte also das Prinzip einer „Kommunistischen Internationale“, so wie sie sein müßte und nach Sinowjews früheren Publikationen auch geplant war, zunächst national verwirklicht werden. Eine solche labile Organisation, notwendig gefördert durch lokale, provinzielle und territoriale bzw. nach politischen und berufs- oder betriebsmäßigen Koalitionen, räteartig besetzt und aberberufbare Volksgesamtheiten, die gleichzeitig vom imperativen Mandat ihrer Auftraggeber abhängig und doch jederzeit in vorbereiteter Gemeinschaft schlagfertig wären, — eine solche Föderation schufte kurzerhand den Uebelstand aus dem Wege, der bis jetzt allen Aktionen am hinderlichsten war: die Hilflosigkeit der Arbeiterschaft im Moment des Handelns, wie sie sich gerade in jenen Märztagen, als ich mein System niederlegte, so verhängnisvoll manifestierte. Man wähle improvisierte Aktionsausschüsse“ aus „den drei sozialistischen Parteien“, wobei also die KPD mit einem Drittel der Stimmen und die revolutionären Outsider (Anarchisten, Syndikalisten usw.) gar nicht vertreten waren. Die Wirkung war klar: Konfessionen, Kompromisse, Halbheiten, Verzögerungen, Betrug der Rechtsbongens, Niederlage.

Nachdem ich aus dem Gefängnis entlassen war und aus den Sitzungen nachträglich erkannte, welche Rolle gerade auch die KPD im März gespielt hatte (das Proletariat ist nicht erst Propagierung der sozialdemokratischen Regierung mit „loyaler Opposition“ usw.), schrieb ich im Mai ein Nachwort, in dem ich die Konstituierung der „Kommunistischen Föderation“ im Es der KPD vorschlug. Doch nahm ich mir inzwischen vor, das Räumliche zurückzustellen, bis die Freigabe der Broschüre zum Druck erfolgt sei und ich aus den inzwischen geschaffenen Situationen die notwendigen praktischen Rückschlüsse ziehen konnte.

Inzwischen hat der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale getagt und seine 21 Punkte für die Aufnahmebedingungen nebst einer allgemeinen Prinzipienklärung niedergelegt. Dadurch ist eine völlig veränderte Lage geschaffen. Vor allem ist das Problem, das nach Heideberg ein beachtliches war, ein internationales geworden. Man ist bei uns ungeniebt interessiert für die Frage, ob die U.S.P. sich fügen werde. Mir scheint, daß diese Frage ganz irrelevant ist. In der Tat hat die Internationale die Prinzipien der U.S.P. — als der konsequenten Wahren der sozialdemokratischen Tradition — vollkommen anerkannt, die offizielle kommunistische Partei hat sich der U.S.P. unterworfen mit ihrem bürokratischen Zentralismus, ihrer obligatorischen Parliaments- und Gewerkschaftspolitik, ihrer grundsätzlichen Respektierung legaler Institutionen (Beteiligung an den gouvernementalen Vertriebsräten) usw. Ob nun die U.S.P. sich spaltet und ein Teil nach rechts abdriftet, der ander-

Teil als Sieger auf der ganzen Front den Namen des Befreies und seinen bürokratischen Apparat annimmt — dies sind keine revolutionären Prinzipien, sondern interne Parteiangelegenheiten, die die kommunistischen zentralen Parteien und die Unabhängigen unter sich und untereinander ausmachen können. Ganz anders stellt sich das Problem für uns links dar. Wir stehen vor der blanken Tatsache, daß uns der Stuhl vor die Tür gestellt ist, daß in der sogenannten „Kommunistischen Internationale“ für Revolutionäre, die unmittelbar und direkt auf den Sieg des Proletariats hinarbeiten möchten, kein Platz ist. Wir müssen konstatieren, daß der Beschluß von Haag 1872, mit dem Marx Vakunin und Guillaume wegen ihrer Ablehnung opportunistischer Methoden aus der Ersten Internationale ausschließen ließ, daß der vierundzwanzig Jahre später 1896 in London gefasste Beschluß, nach dem Anarchisten und Antiparlamentaristen aus der Zweiten Internationale ausgeschlossen wurden und damit deren Abzug zum 4. August 1914 vorbereitet wurde, — daß diese Beschlüsse nach abemals vierundzwanzig Jahre 1910 in Moskau ihre getreue Wiederholung fanden, indem wiederum die Grundbeschlüsse zum Grundlag erhoben, wiederum ein mit despotischer Macht ausgestatteter Generalkonzeptor mundi wurde, wiederum eine internationalisierte Partei als Internationale entworfen wurde, — diesmal aber inmitten der revolutionären Kampfschritte selbst, so daß das Unglück, das aus den Beschlüssen von 1872 und 1896 erwuchs, dieses Mal potenziert und irreparabel herbeizugeworfen droht.

Mit welcher Bewußtheit und Rigorosität die Internationale gegen links abgegrenzt werden soll, geht am deutlichsten aus dem letzten Aufruf Sinowjews an die kommunistische Jugendinternationale hervor, die direkt aufgesetzt wird, sich von der Gemeinschaft mit den „Kerrabildeten“ Genossen zu betren. Gerade die Jungen also, deren ständes Vorrecht es ist, ohne vorsichtige Erwägungen und ängstliche Zurückhaltung fröhlich aufs Ganze zu gehen, werden in ihrem temperamentvollsten Teil aus der Dritten Internationale ausgeschlossen und vor Passivität verurteilt. Es ist zweifellos, sich vor diesen Tatsachen die Augen zu verbinden, und es ist notwendig, Entschlüsse zu fassen.

Der Gedanke, eine Gegeninternationale zu schaffen, scheint mir die einzig richtige Lösung zu sein, die der Kampf der Kommunisten gegen den internationalen Kapitalismus mehr noch als bisher schon zu einem Preisgefecht der Internationalen gegenüber umschließen läßt. Ein solches wäre eine direkte Frontbildung gegen Moskau eine empörende Ungerechtheit gegen die Genossen, die mit der Durchführung der proletarischen Revolution in Rußland die Weltrevolution überhaupt in aktive Bewegung gesetzt haben. Da außerdem die Gründungs einer neuen anarchischen Internationale schon lange in den beteiligten Organisationen und Zeitungen diskutiert wird, so droht ein grotesker Bruderkampf zwischen allen möglichen Konfessionsinternationalen, von den Radikalen der zweiten nicht zu reden, bei dem der Leidtragende das internationale Proletariat sein müßte.

Dennoch glaube ich, daß eine Lösung möglich sein wird, und zwar genau auf dem gleichen Wege, auf dem ich die Einigung der Kommunisten in Deutschland herbeiführen wollte. Es müßte eine lockere Verbindung zwischen allen denen geschaffen werden, die auf bolschewistischem Wege zum Kommunismus streben, ohne den Moskauer Dekreten zustimmen zu können. Es wäre also eine internationale Föderation zu schaffen, in der die Organisationsform der angeschlossenen Verbände durchaus frei bleibt und deren Verwaltungsapparat sich ganz und gar auf die notwendige Korrespondenz und auf die dauernde Vermittlung der gegenseitigen Verständigung beschränkt. In Interna der Parteien, Gruppen, Wirtschaftskampferverbände usw. hat sich die Föderation in keiner Weise einzumischen; es geht sie nichts an, ob etwa die KPD sich zentralistisch organisiert oder in einem Band verwandelt, und für die Zugehörigkeit kommt nur in Betracht der unbedingte Wille zum Kommunismus, das einwandfreie Bekenntnis zum Inter-

nationalismus, zum konsequenten Klassenkampf, zur proletarischen Rätebewegung, zur endlichen Auflösung der Staaten in einer Weltföderation von Sowjetrepubliken. Mit der „Kommunistischen Internationale“ von Moskau könnte diese Föderation sehr wohl beste Nachbarschaft halten und ihr selbst als einer Parteigemeinschaft, in deren Angelegenheiten nicht der geringste Eingriff geplant ist, den Beitritt offen halten. Wer sich dem Kommando des Exekutivkomitees unterwerfen will, dem soll es ja unbenommen bleiben. Da indessen die russischen Genossen durch den Verlauf der kommenden Dinge werden erkennen müssen, das große und wichtige Teile des revolutionären entschlossenen Proletariats ihre Aktionen durchaus nach eigenem Willen und Ermessen lenken werden, so liegt es wenigstens zu behörden, daß sich die Westeuropäische Revolution außerhalb und selbst gegen die Dritte Internationale abspielt, wenn man dieser ihre Anhängerschaft in keiner Weise abspenstig zu machen sucht, ihr aber gleichzeitig die Möglichkeit nimmt, die Aktion derer, die sich nicht als ihre Rekruten empfinden, zu sabotieren.

Ich gebe Ihnen, Genosse Pannetkoek, diese Gedanken zunächst zur Ueberprüfung. Natürlich weiß ich, daß sie nur dürftiges Rohmaterial enthalten. Sollten Sie aber meinen, daß sich daraus etwas Festeres fügen lasse, so stelle ich Ihnen anheim, da Sie selbst ja praktische Arbeiter nicht übernehmen können, meine Anregungen aktivem Generalkonzeptor mundi wurde, wiederum eine internationalisierte Partei als Internationale entworfen wurde, — diesmal aber inmitten der revolutionären Kampfschritte selbst, so daß das Unglück, das aus den Beschlüssen von 1872 und 1896 erwuchs, dieses Mal potenziert und irreparabel herbeizugeworfen droht.

Mit welcher Bewußtheit und Rigorosität die Internationale gegen links abgegrenzt werden soll, geht am deutlichsten aus dem letzten Aufruf Sinowjews an die kommunistische Jugendinternationale hervor, die direkt aufgesetzt wird, sich von der Gemeinschaft mit den „Kerrabildeten“ Genossen zu betren. Gerade die Jungen also, deren ständes Vorrecht es ist, ohne vorsichtige Erwägungen und ängstliche Zurückhaltung fröhlich aufs Ganze zu gehen, werden in ihrem temperamentvollsten Teil aus der Dritten Internationale ausgeschlossen und vor Passivität verurteilt. Es ist zweifellos, sich vor diesen Tatsachen die Augen zu verbinden, und es ist notwendig, Entschlüsse zu fassen.

Der Gedanke, eine Gegeninternationale zu schaffen, scheint mir die einzig richtige Lösung zu sein, die der Kampf der Kommunisten gegen den internationalen Kapitalismus mehr noch als bisher schon zu einem Preisgefecht der Internationalen gegenüber umschließen läßt. Ein solches wäre eine direkte Frontbildung gegen Moskau eine empörende Ungerechtheit gegen die Genossen, die mit der Durchführung der proletarischen Revolution in Rußland die Weltrevolution überhaupt in aktive Bewegung gesetzt haben. Da außerdem die Gründungs einer neuen anarchischen Internationale schon lange in den beteiligten Organisationen und Zeitungen diskutiert wird, so droht ein grotesker Bruderkampf zwischen allen möglichen Konfessionsinternationalen, von den Radikalen der zweiten nicht zu reden, bei dem der Leidtragende das internationale Proletariat sein müßte.

Dennoch glaube ich, daß eine Lösung möglich sein wird, und zwar genau auf dem gleichen Wege, auf dem ich die Einigung der Kommunisten in Deutschland herbeiführen wollte. Es müßte eine lockere Verbindung zwischen allen denen geschaffen werden, die auf bolschewistischem Wege zum Kommunismus streben, ohne den Moskauer Dekreten zustimmen zu können. Es wäre also eine internationale Föderation zu schaffen, in der die Organisationsform der angeschlossenen Verbände durchaus frei bleibt und deren Verwaltungsapparat sich ganz und gar auf die notwendige Korrespondenz und auf die dauernde Vermittlung der gegenseitigen Verständigung beschränkt. In Interna der Parteien, Gruppen, Wirtschaftskampferverbände usw. hat sich die Föderation in keiner Weise einzumischen; es geht sie nichts an, ob etwa die KPD sich zentralistisch organisiert oder in einem Band verwandelt, und für die Zugehörigkeit kommt nur in Betracht der unbedingte Wille zum Kommunismus, das einwandfreie Bekenntnis zum Inter-

## An die Mitglieder der KAPD insbesondere an die Mitglieder im Wirtschaftsbereich Ostfachsen

Folgendes Flugblatt wird von Berlin verbreitet:  
Genossen! Ich weiß, daß der erweiterte Zentralausschuß der Partei in seiner Sitzung vom 30. 31. Oktober einen Beschluß gefaßt hat mit 16:8 Stimmen bei einer Enthaltung, durch den er die parteiorganisierende Tätigkeit des Genossen Rühle auf Schärfste verurteilt und erklärt, daß der Gen. Rühle sich durch diese Tätigkeit selbst außerhalb der Partei gestellt hat.  
Der erweiterte Zentralausschuß hat dann fernerhin mit allen Stimmen bei 3 Stimmenenthaltung die Besetze und insbesondere den Wirtschaftsbereich Ostfachsen aufzulösen, rückblicklos den Interessen der Gesamtbevölkerung zu verschaffen. Es ist vielleicht nötig, Euch den Anlaß dieses Beschlusses nochmals ins Gedächtnis zu rufen. Der Anlaß war ein Brief Rühles an einen Statuarer Parteigenossen, in dem er folgendes schrieb:  
Ich möchte von Dir wissen, was Dich bestimmt, uns fern zu bleiben. Genieß dich Du mir keine Rechenschaft schuldig, ich bin nicht dein Beichtvater. Aber ich habe Interesse daran, den Grund Deiner Verbaltenen kennen zu lernen. Mit Berlin bin ich wenig zufrieden, die Leute steuern nach rechts und werden bald bei Spartakus landen. Ostfachsen hat sich deshalb auf der letzten Bezirks-Konferenz von der KAPD losgelöst. Auch Thüringen, Nord-West und Nord haben die Verbindung mit Berlin gelöst. So ist die KAPD mitten im Zerfall, dank der Inkonsequenz ihrer Politik.  
Genossen! Als dieser Brief in unsere Hände fiel, was sollten wir da tun? Urtel selbst! Bestand für die, die beauftragt sind, die Geschäfte der Partei zu führen, eine andere Möglichkeit, konnten sie einen andern Weg gehen als den ungenügenden, nämlich die innerhalb der Partei heimlich und unter Benutzung des Parteiapparats betriebene Zerstückelung der Partei selbst förmlich festzunageln und mit aller Energie zu bekämpfen? Sollten wir durch Verschlingung und Ver-

schlingung uns mitschuldig machen? Sollten wir die unproletarischen Kampfmethoden Rühles uns zu eigen machen? Aber, wir glauben freilich nicht, daß durch den Beschluß des Z.A. die Angelegenheit erledigt wäre. Der Beschluß war nötig, aber er genügt nicht. Die tatsächliche Auseinandersetzung muß weitergeführt werden.

Darum wenden wir uns heute an Euch, Genossen, und insbesondere an diejenigen, die bisher im Wirtschaftsbereich mehr oder weniger in Abseits geblieben sind. Wir wollen uns durch die mit ihr verbundene und persönlich beteiligte Kampfstrategie Rühles nicht provozieren lassen, sondern uns endlich und schließlich mit Euch zu einander setzen.  
Manche von Euch glauben, die Partei sei heute eher ein Hindernis als eine Waffe des proletarischen Befreiungskampfes. Aber was an ihre Stelle gesetzt werden soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Wenn wir jetzt unterirdisch sind, glauben viele, die Allgemeine Arbeiter-Union sei heute schon die einzigste Organisation für den proletarischen Kampf völlig annehmbar, und es genüge, wenn sie von ihren Mitgliedern eine dreifache Bekenntnisverträge: zum reinen Klassenkampf, zur Diktatur des Proletariats und zum Räteystem.

Wir glauben das nicht. Wir wissen, daß die A.U. als die Zusammenfassung aller revolutionären Proletarier auf der Grundlage der U.S. eines weiteren Rahmens nach als die Partei, und wir sind gewillt und verpflichtet, und mit aller Kraft für das Werden und die Macht der A.U. einzutreten. Ob die Grundlage der Union sich in den drei Punkten: Klassenkampf, Diktatur und Räteystem erschöpfen oder nicht, ist weniger wichtig. Wichtig ist, daß die Union ein einheitliches Ziel hat, und sich nicht in die verschiedenen Interessen der verschiedenen Klassen auflöst, die zu den politischen und geistigen Problemen der Revolution in einem eingehenden Programm Stellung nehmen muß.

Genossen! Lebt unter Programm und kritisiert es! Bisher seid Ihr, wir können wohl ohne Ueberborenbung sagen: alle mit ihm unzufrieden gewesen. Selbst Rühle hat in Berlin erklärt, daß er niemals etwas gegen das Programm geäußert habe. Was treibt Euch nun, die ganze Summe von Erkenntnissen, die in diesem Programm niedergelegt ist, aufzugeben zugunsten des viel loheren Rahmens der Union? — oder wollt Ihr, daß die Union das Programm der KAPD übernimmt? Damit würdet Ihr die Möglichkeit nehmen, sich zur umfassenden Klassenorganisation der revolutionären Proletarier auszuwandeln. Was wollt Ihr also?

Nun, Ihr wendet Euch gegen die Organisation und das Organisationsstatut der Partei, Genossen, es mag sein, daß unter Organisationsstatut nicht vollkommen ist. Doch Verträge, so zu verbessern. Stellt Änderungsanträge, die dazu dienen können, die proletarische Kritik und Kontrolle von unten noch stärker als bisher hervor zu stellen. Jedes Aufgehören einer von der Masse getrennten Bürokratie noch stärker als bisher zu vermeiden. Wir bestritten zwar, daß diese Grundlage bisher verlegt worden sind. So hätten wir die Mitglieder starker Wirtschaftsbereiche darüber klagen, daß wir den Willen der Mehrheit gegen die Tendenzen Rühles nicht genügend genug Geltung verschafft haben. Aber Ihr seid misstrauisch; daß ihr Euer gutes Recht und Eure Pflicht auf Grund eurer Erfahrungen mit dem alten Spartakusbund: also macht Eure Danksagung und seht zu, ob wir in im Geiste einer Sozialdemokratie behandeln.

Ihr, Genossen von Ostfachsen, habt allerdings zum vorigen Parteitag ein Organisationsstatut vorgebracht, dessen Inhalt das war, daß den Parteigenossen verboten wurde, bindende Beschlüsse zu fassen. Obwohl Ihr mit diesem Verbot allein gebunden seid, bleibt ihr noch heute auf ihm bestehen. Wir wollen Euch sagen, was wir darüber denken.

Es gibt zwei Gründe, die man für einen solchen Vorstoß anführen kann. Der eine Grund ist: Genossenschaft gegen jede auch proletarische Disziplin. In diesem Punkt, Genossen, können wir keinen Schritt nachgeben. In einer Partei, die so strenge und genaue programmatische Grundzüge hat wie die KAPD, muß es möglich sein, daß unter den Genossen, die das Geheiß wollen, die Mehrheit aber die Streikregeln entgegen der Disziplin sich nicht, doch, doch, die Feststellung des Arbeitswillens noch besser sicher zu stellen gegen die Beeinflussung von Führerkritikern könnt und sollt ihr machen. Aber wenn ihr die absolute „Genossenschaft“ der Mitglieder proklamieren wolltet, so wäre das kleinbürgerliche Liberalismus und unzweifelhaft würde der Wille der Parteimitglieder uns beauftragen, gegen solche Tendenzen mit aller Schärfe vorzugehen.

Der zweite Grund, aus dem man glauben kann, Parteitage hätten keine bindende Beschlüsse fassen, ist der: man glaubt, die revolutionäre Bewegung schreite zu rasch vorwärts, als das man ihr gerecht werden könnte durch Beschlüsse, die alle Jahre einmal gefaßt werden. Man glaubt, die geistige Klärung der revolutionären Arbeiter werde durch solche Beschlüsse künstlich aufgehalten, während sie ständig im Fluss bleiben müßte.

Das ist ein Grund, den wir verstehen können und den jeder revolutionäre Kämpfer vorleben wird. Wir verstehen, daß die Beschlüsse für einen Teil der Arbeiter, aber wir halten es für einen unbedingten Notbehelf. Wir glauben, daß die Revolution zu Zeit zu Zeit notwendig ist, einen einheitlichen Willen der

Wohleil hunderte von Broschüren müßte Sinowjew schreiben zur Beantwortung aller 3. W. W. Schriften, wenn er eine Broschüre gebraucht, um zwei kurze Erklärungen zu beantworten.  
Radek auf dem 9. Kongreß der K. A. P. gab die irrische Erklärung ab, daß amerikanischer Syndikalismus (3. W. W.) den Spuren des westeuropäischen Syndikalismus folgt. Es ist unmarxistisch und unhistorisch. Vom marxistischen Gesichtspunkt aus spiegeln alle Organisations die historische ökonomische Entwicklung der Periode wider. Der Syndikalismus wurde in Frankreich vor ungefähr 40 Jahren geboren, als die Art der Produktion kleinstädtisch-konkurrenz war, gewöhnlich bekannt als anarchisch. So hatten wir in der Arbeiterbewegung die dezentralistisch-anarchistische Philosophie. Seit 1870 wurde die Industrie mehr und mehr zentralisiert, so bemerkte sich die Auserhebung der Union der Unions (bourse du travail). Während des Krieges hat die Regierung die Industrien noch mehr zentralisiert. In Paris demonstrieren die Arbeiter nicht selten in Stärke von 300000 Mann, welche rufen: „Es lebe Lenin, Trotsky, es lebe der Bolschewismus!“ — welche in Wirklichkeit Zentralismus symbolisieren. In Amerika waren vor 40 Jahren der Oeltrust und andere voll entwickelt, so hatten wir damals schon Zentralismus in der Arbeiterbewegung. In Wirklichkeit folgt der westeuropäische Syndikalismus den Spuren der amerikanischen Bewegung (3. W. W.). Fortsetzung folgt.

## „Radekalismus“

### Die Kinderkrankheit des Kommunismus!

Von Mayer Kaminew, Mitglied der amerikanischen I. W. W. (Fortsetzung.)

11.  
Als die russische Revolution ausbrach, war wenig eilnämische Gewalt zu übernehmen. Es war meistens die Arme, die revolutionierte. Ökonomisch war das Land zu sehr zusammengebrochen, um weiter Krieg zu führen. Als die Bolschewisten aus Rußland kamen, übernahmen sie die Gewalt, die da war, — sehr wenig ökonomisch, — meistens politisch, in dem Sinne, daß sie verstanden, ihr Parteiprogramm durchzuführen. Zuerst kämpften sie für den Kommunismus, wobei sie sich auf die Hilfe des industriellen Proletariats des westlichen Europas verließen. Das große ackerbaubereiche Rußland im Bunde mit dem industriellen Deutschland war ihre Desire. Sie wurde jedoch bitter enttäuscht. Später versuchten sie die Prinzipien des Kommunismus in die Dörfer zu tragen, nach einigen Bauernaufständen lernten sie die bittere Wahrheit, daß Rußland ökonomisch noch nicht reif sei für den Kommunismus. Nachher waren sie gezwungen, sich von den Prinzipien des Kommunismus zurückzuziehen. Daraus der Schluß, — zuerst kämpften sie für den Kommunismus und unterlagen, dann kämpften sie für Existenz — für Gewalt, und gewannen. Die, welche nur für Kommunismus kämpften, starben, die, welche nur für die Macht kämpften, blieben Sieger.

Macht korruptiert! So ist die Geschichte der russischen Revolution voller Korruption. Doch alle Revolutionen sind in dieser Beziehung gleich. Für die notwendige Klarheit dürfen wir Rußland nicht in Bitterkeit verurteilen.

Die russische Arbeiterklasse ist voller Fehler und verläßt ein gesellschaftliches System aufzurichten ohne Fehler. Dieses ist unmöglich. Und gelinst es ihnen, das Unmögliche möglich zu machen, müssen sie den Preis mit dem Leben ihrer besten Arbeiter bezahlen. Wir müssen auf Rußland als ein großes Experiment schauen, dessen Erfolg die Befreiung der ganzen Arbeiterklasse möglich macht; dessen Mißerfolg aber sollte die Arbeiterklasse sozial empfindlicher machen dafür, daß Rußland als Arbeitsmodell dienen soll für die Revolutionäre der ganzen Welt.

Was Rußland sagt, wird die entferntesten Teile der Welt früher erreichen, wie das, was Rußland tut. Deswegen möchte ich sagen, daß die Arbeiter der Welt bemußt das tun mögen, was Rußland tat und nicht was Rußland sagt.  
Es ist nicht beabsichtigt, daß das russische Regierungssystem auf die Dauer stabil bleibt. Wir können es nicht mit der Abicht studieren, es genau zu imitieren, sondern wir werden es studieren, um das Gute vom Schlechten auszuscheiden.

Es ist ein Sowjet-System  
Der Sowjet als System ist fest genug, um zu dauern. West-Europa und Amerika haben es schon befolgt. Aber sie müssen lernen, den Unterschied zwischen ihnen zu unterscheiden. In Deutschland und Amerika sind die Sowjets hauptsächlich ökonomisch.

Die russischen Sowjets sind hauptsächlich politisch. Sie haben die Macht übernommen, die da war, — weniger ökonomisch, als politisch. Wenn wir in Amerika die Macht nehmen sollten, die wir als Arbeiter besitzen, nehmen wir die ökonomische Gewalt direkt.

Uebrigens ist die Regierung auf Komitee-Prinzipien aufgebaut und erhalten durch Regierungsmacht im allen Sinn des Wortes.  
Lenin schreibt frei: Eine Regierung ist die Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere. Die russische Regierung ist keine Ausnahme und vermeint es nicht. Sie meinen, sie können eine Armee von 10 Millionen Mann aufstellen mit neuen Waffen, erobert von den Reaktionsgenerälen Judenisch, Denikin und Koltshak.

Die russische Regierung war hydraköpfig geboren, weil schwierige, hydraköpfige Probleme zu lösen waren. Und insofern, als ihr System ersäcker werden, vereinfacht sich auch die Regierung, bis sie ein ökonomisches gesellschaftliches System erreicht, Kommunismus genannt, dann ist die Regierung verschwunden. Laßt uns einige der Regierungsköpfe als Beispiel nehmen. Der Krieg erhob das schwierige Problem, eine Armee zu organisieren, groß genug, alle Fronten zu verteidigen und sie mit Munition und Lebensmitteln zu versehen, weil eine Armee auf ihrem Magen vorwärtskommt. Die freiwilligen Rotgardisten hatten es schon sehr schwer, das Innere zu verteidigen gegen eichene Verschwörungen der jungen Bourgeoisie, die noch immer schwer am Sterben ist. Zu diesem Zwecke erhoben sich militärische Komitees in jeder Stadt und jedem Städtchen. Für die Sache der Ökonomie ist in Rußland ein starker

## Liebe-Ehe-Familie

Broschüre von Otto Rühle

Politische Notizen

Ein unerschütterter Plan. Die Berliner KAP schreibt: Aus höherer Quelle hören wir, daß das Arbeitsministerium entschlossen ist, dem Gewerkschaftsbund mehrere hundert Millionen Mark zur Verfügung zu stellen...

Der Lebensnerv wird berührt. Während die kommunistischen Organisationen der Bourgeoisie, mit der Organe an der Spitze, vollste Bewegungsfreiheit genießen, ja sogar unverdorbene behördliche und staatliche Förderung erfahren...

Nach einem Artikel der Berliner 'Roten Fahne' vom 21. Oktober Nr. 213, dem Organ der KAP (Sektion der kommunistischen Internationale) haben sich die in den verschiedenen Orten Thüringens entfallenden politischen Arbeiterräte zusammengefaßt...

Die Entscheidung der Frage, ob die Aufforderung zur Bildung politischer Arbeiterräte, die auf Einladung selbst als Aufforderung und Vorbereitung zum Hochverrat anzusehen ist, hängt, nach dem Gutachten des Herrn Reichsjustizministers (Nr. 7559 W vom 13. 10. 20) davon ab, ob die Arbeiterräte als Führer bei einem in Aussicht genommenen gemeinsamen Umsturz und als Träger der politischen Macht nach erfolgtem Umsturz gedacht sind...

Es wird gebeten, von einem Zusammenstoß der politischen Arbeiterräte, der eine politische Gefahr bedeutet, umgesehen hierüber Nachricht geben und das Material gesammelt im Archiv zu bewahren...

Vorurteil zum Schwärze man mit großer Aufregtheit von dem bevorstehenden Erscheinen des Buches gegen die kommunistischen Parteien. Wozu dies? Parteien haben sich noch immer als beste Hemmnisse der Revolution bewährt...

Verfassungsbruch des Reichspräsidenten. In der Berliner KAP weist Reichsanwalt Hegenwille nach, daß die von Ebert für eine Reihe von sogenannten lebenswichtigen Betrieben verhängte Beschränkung des Streikrechts einen offenen Verfassungsbruch darstellt.

Die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten sind unzweifelhaft Maßnahmen, welche die in Artikel 159 der Verfassung gewährleistete Koalitions- und Streikfreiheit einschränken und zu behindern tendieren...

Das ist alles juristisch richtig und stimmt auf den Punkt; aber was fragt ein Mensch, dessen politische Aufgabe darin besteht, die Herrschafts- und Ausbeuterrechte des Kapitals um jeden Preis zu schützen...

Darüber macht sich das robuste Gewissen eines Ebert nicht die geringsten Skrupeln. Rechtsfragen sind eben Nachfragen, die geringfügig sind.

und die Verfassung besteht, wie man schon bei Laskis nachlesen kann, nicht in dem Fehlen dieser, sondern in der Verletzung dieser Mittel, über die man verfügt und die man einseitig gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung bringt...

Ausbeutung Sibiriens durch amerikanische Kapitalisten. Der amerikanische Finanzmann Washington E. Vanderlip, der sich einige Monate in Moskau aufgehalten hatte, um mit der russischen Regierung zu verhandeln, hat mitgeteilt, daß ein endgültiges Abkommen zwischen der Sowjetregierung und einem Banken-Syndikat abgeschlossen wurde...

Aus der Bewegung

Heidenau. Am Sonntagvormittag nahm eine recht gut besuchte Mitgliederversammlung ein Referat des Gen. Rühle über die Spaltung der Parteien und die Einigung des Proletariats entgegen. In einer für den 19. Dezember abzurufenen nächsten Mitgliederversammlung soll die ausgiebige Diskussion des Referats folgen...

Kleinzißschwitz. Der Konflikt Ostfachsen-Berlin und seine sachlichen Untergründe bildeten den Gegenstand einer sehr interessanten Mitgliederversammlung, die ein großzügiges und gründliches Referat des Gen. Rühle einleitete und eine in voller Einmütigkeit der Auffassung endende Diskussion des Referats ausfüllte...

Die von der ordentlichen Ortsgruppe Dresden-Neustadt der KAP Ost-Sachsen am 30. 11. tagende Sitzung hielt sich, angesichts der letzten Vorkommnisse, vornehmlich folgenden zu erklären. Das von der sogenannten 'Opposition' in letzter Woche an die Ortsgruppe gerichtete Rundschreiben (gez. Weber) - wobei es zufällig auch uns in die Hände fiel - enthält im allgemeinen; wie im Besonderen aber über die Mitgliederversammlungen von Groß-Dresden und der Gruppe Neustadt; der Wahrheit widersprechende 'Berichte', welche teilweise den Tatsachen ins Gesicht schlagen...

Die anwesenden Gruppenmitglieder erklärten, daß sie mit der auf Grund ihrer fortlaufenden Handlungen nunmehr sich selbst abgeplottierten - nicht ausgegliederten - und aus ihren Reihen neu konstituierten Sondergruppen nichts mehr gemein haben. Nach wie vor stehen wir zu den von uns wie vom Gesamtbezirk Ost-Sachsen gefaßten Beschlüssen und warnen andere Mitglieder vor dem irreführenden 'Berichten', wie sie von Lewinohn u. Gen. tendenziös, bewußt und unbewußt, konstruiert werden.

Einmütig (mit 22) angenommen. Das ist eine große Mehrheit gegenüber der Unzulänglichkeit, welche die Spaltung der Gruppe Dresden-Neustadt. Demzufolge wurde ein neuer Vorstand einmütig gewählt und werden wir wieder zu fruchtbarer Tätigkeit kommen. - Vorwärts! Trotz alledem!

Briefkasten

M. Frankfurt a. M. Gewiß, das ist derselbe Paul Lange, der damals auf dem Frankfurter Parteitag von Spartakus gegen den Gen. R. den häßlichsten und verlogenen Vorwurf erhob, er habe sich während des Krieges 'aus dem politischen Leben zurückgezogen'. Jetzt, wo der Brotkorb in Gefahr war, ist er vor den Gewerkschaften stand zu Kiez gekrochen, hat den Kommunismus abgelehnt und ist, der damalige Parteivorsitzende der KAP, aus dem KAP ausgetreten...

Internationaler Bund der Kriegsopter

Geschäftsstelle ist nach Zahnsgasse 3 I verlegt. Geöffnet täglich von Abends 7 Uhr. Wertsendungen sind zu richten an Hugo Koch, Trachenbergerstr. 55 III.

Auf Antrag einiger Gruppen wird bekannt gegeben, daß die Mitglieder Otto Bänderich und Robert Anders aus dem Internationalen Bund ausgeschlossen worden sind.

Die Gruppenvorsitzenden und sonstigen Funktionäre sowie diejenigen Genossen, die Auskunft erteilen, müssen möglichst jeden Montag in der Geschäftsstelle, Zahnsgasse 3 I, erscheinen.

Der Lumpenverkauf, welcher vom Landesrat für Kriegsopfer organisiert worden ist, in welchem die Kriegsbeschädigten durch ihre Organisation Anzüge und Unter erhalten sollten brachte erhebliche Erörterung unter den Kriegsopfern. Die Anzüge werden dem Ortsum für Kriegerversorgung für 200 M., die Ulster für 17 M. geliefert. Der Kriegeschädigten Organisation werden aber Anzüge für 300 M. Ulster für 200 M. berechnet. Es wäre für die Öffentlichkeit von großem Wert, zu erfahren, wer den Ueberschuß einsteckt und vor allem, weshalb man den Kriegeschädigten einen Profit aus der Tasche zieht.

Versammlungs-Kalender

Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP)

— Wirtschaftsbezirk Ostfachsen —  
— Groß-Dresden —  
Mitglieder-Versammlungen

Gruppe Altstadt: Rest. „Stadt Braunschweig“, Jakobsgasse Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Johannstadt: Rest. „Teutonia“, Dürerstr., Ecke Pestalozzistr., jeden Montag, abends 7 Uhr.

Gruppe Striesen: Rest. „Wartburgschänke“, Wartburg-, Ecke Altmannstr., jeden Montag, abends 7 Uhr.

Gruppe Dr.-Friedrichstadt: Rest. Kaden, Seminarstr. 23, jeden Montag 7/8 Uhr.

Gruppe Neustadt: Rest. „Schönburger Hof“, Förstereistr. 3a, jeden Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Löbtau: Rest. Frankenberg (Witter), Frankenberg-, Ecke Roonstr., jeden Dienstag abends 7 Uhr.

Gruppe Coßbitz: Rest. „Stadt Dresden“, Ockerwitzerstr. 12 Montag, den 13. Dezember, abends 7/8 Uhr.

Gruppe Pieschen: Rest. „Grundstein“, Leisniger Str. 12 jeden Dienstag, abends 7 Uhr.

Gruppe Raddebeul: Rest. „Waldschänke“, jeden Mittwoch abends 7 Uhr.

Gruppe Klotzsche: Zeitungen durch Gen. Herm. Schnabel, Bergstr. 1.

Gruppe Deuben: Rest. „Augustabad“, jeden Montag nach dem 1. u. 15. d. Monats, abends 7/8 Uhr.

Gruppe Coßbitz (Gütersee) | Burg | Kleinaudorf: Rest. Hamann, Burg. Jeden Montag nach dem 1. u. 15. in Monat, abends 7/8 Uhr.

Gruppe Zaukerode | Niederhermsdorf: Versammlungsort: Schwarze's Restaurant. Versammlung 8. Dezember 7/8 Uhr.

Gruppe Pötschappel: Hempel's Restaurant, Pötschappel, jeden Freitag nach dem 1. u. 15. in Monat, abends 7/8 Uhr.

Gruppe Pirna: Volkshaus („Weißes Roß“), Jden Dienstag nach dem 1. und 15. in Monat, abends 7/8 Uhr.

Neustadt und Umg.: Versammlung jeden Freitag nach dem 1. und 15. jeden Monats. In jeder Versammlung Vortrag. Zeitung „Kommunist“ sowie alle kommunistische Literatur zu beziehen bei Max Barthele, Neustadt, Malzgasse 6.

Ortsgruppe Berthelsdorf-Ottendorf: Versammlung jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats. „Kommunist“ zu beziehen bei Albert Knoblauch-Berthelsdorf.

Gruppe Zittau: Rest. „Volkshaus“, jeden Dienstag, abends 8 Uhr. (Ausschüttung Verkauf von Parteiprospekt und Zeitung „Kommunist“ in der Geschäftsstelle der KAP, u. AAD, Volkshaus, Zimmer 5. Geöffnet täglich abends von 6-8.

Gruppe Freiberg: Butzen's Rest., Bahnhofstr. Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. in Monat Mitglieder-Versammlung.

Gruppe Lautz: Versammlungen jeden Mittwoch, abends 7 Uhr, im Arbeiter-Kasino (Saal oder kl. Zimmer).

Arbeiter-Union

Geschäftsstelle und Verkehrslokal ist jetzt Rest. Mitek, Fischhofplatz 14. Geschäftsstunden: Jeden Dienstag von 6-8 Uhr.

Groß-Dresden: Konferenz der Betriebs-Obleute jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz, Ver einszimmer.

Allgemeine Arbeiter-Union

Sonnabend, den 4. Dezember 1920, abends 7 Uhr

Allgemeine Mitgliederversammlung

in der Zentralhalle - Annensäle  
— Wichtige Tagesordnung —

Kommunistische Samstage

Beginn: Sonnabend, den 11. Dez. 1920  
Material ist in der Buchhandlung Seminarstraße 23, pt. abzuholen

Zeitungs-Verkaufsteilen:

Frankfurt a. M.: Robert Saug, Peterwallstr. 65  
Gotha (Thür.): Karl Jaeger, Salzengasse 58

Quittung

Für den Liebknecht-Kampffonds gingen ein:  
Liste 35 (K. U. Seifert, Mägeln) Mk. 61.—  
Für den Unterstützungsfonds gingen ein:  
Liste 23 d. E. Mk. 26.—  
Glasfabrik Brockwitz d. E. Mk. 358.—  
Der Bezirkskassierer.

Alle Zuforderungen für die Redaktion sind zu richten an die komm. Buchhandlung, Seminarstraße 23, p. — Redaktionschluss Montag abend.

Verantwortlich: Karl Krause, Dresden.  
Druck: Verlagsbuchdruckerei Bauzen.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 49. Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-L., Seminarstr. 23, p. Dresden, im Dezember 1920. Erscheint wöchentl. Donnerstags Abonnement 1/4 Jährl. bei Vorauszahlung u. Kreuzband III 6.50 Preis 45 Pfg. Durch die Parteiausdräger frei Haus 5 Pfg. Zehnellgeld extra.

An den geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD

Genossen! Ihr habt uns ein Rundschreiben geschickt, in dem Ihr Euch in sachlicher Weise mit uns auseinandersetzen versucht. Da die prinzipiellen Differenzen, die zwischen uns bestehen, nur getrübt würden, wenn wir uns an den Ausschlußantrag gegen Rühle klammernten, um unseren Standpunkt Euch gegenüber klar zu legen, wollen wir zunächst alles was sich um die Person Rühles dreht, zurückstellen, um Euch zu zeigen, daß die Bewegung in Ostfachsen unabhängig ist von jeder Partei und ebenso getrennt wäre, auch ohne Rühles Deswegenzutreten.

Es handelt sich bei unseren Streitigkeiten um zwei Hauptpunkte, um die Frage: Union oder Partei einerseits und um die Frage des sogenannten Föderalismus und Zentralismus andererseits. Beide Fragen sind im Grunde ein und dieselbe und behandeln das Thema: wollen wir das bürgerliche Kap. pfmittel aufgeben zugunsten des proletarischen Kampfmittels, des Rätesystems?

Es ist nötig hier eine Einschaltung zu machen über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und BO. Denn hier ist der wunde Punkt des Parteiprogramms. Zwar spricht es das Programm ausdrücklich aus, daß auf Grund der Arbeit der BO mit dem Sieg des Proletariats auch die Diktatur der Klasse einzuführen hat und nicht die Diktatur einiger Parteiführer. Es ist aber nichts ausgesprochen, wie der Uebergang der politischen Führung von der Partei zur Klasse vorzugehen hat. Es ist nicht gesagt, daß die Hauptaufgabe der Partei 'arin besteht, sich selbst zugunsten der BO überflüssig zu machen; die Partei ist — nach dem Programm — nicht verpflichtet, in der BO aufzugehen, wenn die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats soweit geblieben ist, daß es die Errichtung der Partei neben der BO als unzulässigen Beifall empfindet.

Diese Unklarheit muß zu schwerwiegenden Widersprüchen führen. Die politische Organisation wird als selbständiges Gebilde neben der BO verestigt und will doch die Diktatur der Partei abgelöst wissen durch die Diktatur der Klasse, gewahrleistet durch die Entwicklung der BO. Die Notwendigkeit der Auslösung dieses Widerspruchs sind aber erst völlig klar bei Betrachtung des organisatorischen Unterbaus beider Gebilde. Während das Programm mit Recht betont, daß in der jetzigen Situation, 'nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können', während das Organisationsstatut den allerdings schwachen Versuch gemacht hat, bereits die Partei im Sinne des Rätesystems aufzubauen, liegt in Wirklichkeit der Rätedarakter der Partei in der Luft. Er muß das, denn ihm fehlt die proletarische Basis des Rätesystems, die Gemeinschaft der produktiv im Betrieb Arbeitenden. Die Folge ist eine Beurteilung der allgemeinen Lage vom rein politischen Standpunkt aus, d. h. von einem Zentrum her, das die einzelnen Glieder des Ganzen dirigieren zu können meint nach einheitlichen Plänen, die ausgearbeitet werden im Anschluß an die Vorgänge in den Führerschaften anderer Parteien, die also nach dem Mafstab der bürgerlichen Diplomatie ihre Taktik einstellen nach dem augerklärten sichtbaren Auf und Ab der vom produktiven Prozeß entwurzelten, ausschließlich am Besitz der politischen Macht, d. h. der Herrschaft über die ausgebeulte Klasse interessierten Führer. Im Gegensatz zu diesem fingierten Rätedarakter der Partei birgt das Tatsächliche, im Betrieb verankerte Rätesystem der Union dafür, daß Partei über die Lage und Entschluß zu handeln organisch herauswächst aus der Vereinheitlichung der arbeitenden revolutionären Klasse selbst, sich also alle Konstruktionen, Berechnungen, Schiebungen mit ihrem Resultat weiterer Konstruktionen und Schiebungen von selbst erledigen.

Hier ist der Ort, um auf Euren Einwurf: die UAU habe einen 'weiteren Rahmen als die Partei' des näheren einzugehen. Es ist zweifellos richtig, daß die UAU die revolutionären Elemente zunächst locker zusammenfaßt und daß auch innerhalb der UAU ein Kern bewußter und klarer Köpfe bildet, der die Aufgabe hat, die gesamte Mitgliedschaft im Sinne des Programms der KAP zu beeinflussen. Dieser Kern ist die bisher in der KAP organisierte revolutionäre kommunistische Arbeiterschaft, für die eine selbständige politische Organisation solange erforderlich ist, als die UAU noch zu schwach ist um den Willen der im Betrieb arbeitenden Proletarier auszudrücken. Wo die UAU festen Boden unter den Füßen hat, erträgt sich zwar die politische Organisation als selbständige, außer dem Betrieb stehende Partei, jedoch nicht als Zusammenfassung aller kommunistisch-revolutionären Elemente im Betrieb. Damit wird aber die UAU an sich noch lange nicht zu einer bloß wirtschaftlichen Organisation herabgedrückt, die BO nicht allein zu 'wirtschaftlichen Voraussetzungen' des kommunistischen Gemeinwefens gemacht.

Die zweideutige Formulierung dieses Programmpunktes wird ergänzt durch den letzten Kampf gegen die ostfächsische Auffassung um die Aufgaben der politischen Organisation. Eure Haltung drückt automatisch den Charakter der UAU herab von dem einer politischen Kampforganisation zu dem einer rein wirtschaftlichen Erscheinung. Und mit dem Stempel einer wirtschaftlichen Organisation wäre dem Räteräsystem auf Grund der BO jeder Anspruch auf Selbständigkeit und politische Macht anommen, die doch gerade auch nach dem Programm der KAP das Ziel zu sein hat. Damit aber wäre nach Eroberung der Macht der Parteidiktatur Tür und Tor geöffnet, ein organischer Ausbau des Rätesystems wäre auf lange Zeit hinaus verlohnen und abhängig gemacht von schwachen Kräften zwischen produktiv arbeitendem Proletariat und rücksichtslos herrschender Partei; selbst einer solchen, die im Gewande eines Rätesystems auftritt.

Ihr sagt: Die Partei sei nötig um ein einheitliches Handeln zu gewährleisten, und es ist viel Kraft, die Ihr verwendet, um uns zu überzeugen, das Ihr gerade in diesem Punkte uns überlegen seid an Einigkeit und Disziplin. Es ist das vieles, was Ihr falsch verstanden habt und deshalb der prinzipiellen Klarstellung bedarf. Unsere grundsätzliche andere Auffassung vom Wesen und Aufbau der revolutionären Organisation findet ihren Niederschlag in unserem Entwurf eines Organisationsstatuts, und gerade diesen greift Ihr an. Es handelt sich bei der Kritik an Euren Statut in erster Linie um die Frage der Mehrheitsentscheidungen. Zwar geht Ihr selber zu, daß bei dem raschen Tempo der revolutionären Entwicklung ein Parteitagebeschluss für die Haltung der Arbeiterschaft unter Umständen eher hindernd als fördernd sein kann, aber Ihr erachtet es für notwendig, daß sich die Partei von Zeit zu Zeit nach außen hin eine feste Form gibt, die den Gegnern deutlich zeigt, mit was für einem Gebilde sie eigentlich zu tun haben. Soweit die Parteitagebeschlüsse lediglich hierzu dienen, soweit sie also eine vom größten Teil der Mitglieder anerkannte Meinung formulieren, werden auch wir einen Mehrheitsbeschluss des Parteitage anerkennen und uns selbst nicht weigern, uns diesem zu unterstellen, selbst wenn wir in der Minderheit sind.

Ein anderes aber ist es, wenn es sich um Beschlüsse handelt, die die revolutionäre Union selbst betreffen. Wir verweisen hier auf unsere Ausführungen über den Unterschied zwischen selbständiger Politik und solcher, die im Rätesystem auf Grund der BO wurzelt. Es ist schlechterdings nicht möglich, und alle Erfahrungen während der letzten Jahre beweisen es von neuem, daß von einer Zentralstelle her die revolutionäre Aktion angeblasen und geleitet wird. Immer wieder mußte man feststellen, daß die Verbreitung eines Streiks oder das Umschlagen örtlicher wirtschaftlicher Kämpfe über das allgemeine politische Streik der Elektrikalarbeiter in Berlin beweist das von neuem. Diese Erscheinung auf Disziplinlosigkeit zurückzuführen, ist nur einem rein formalistischen Denken möglich. Ihre Ursachen liegen vielmehr in der Verschiedenheit der ökonomischen und revolutionären Vorbedingungen, die zu einem im Effekt einheitlichen Handeln nur beiträgt und ausgenutzt werden können von den revolutionären Arbeitern der einzelnen Wirtschaftsbezirke selbst. Nicht darauf kommt es an, daß alle Arbeiter die äußerlich gleichen Maßnahmen ergreifen, sondern darauf, daß die verschiedenen Maßnahmen überall den Erfolg von gleichem Gewicht haben. Das sogenannte 'einheitliche' Handeln ist also nicht ein Handeln nach der gleichen Parole, sondern eins mit dem gleichen Willen und Ziel. Um dieses zu ermöglichen und seinen Erfolg zu sichern, hat statt der Flug ausgeheften Generallistenpläne und Zentralanweisungen ein umfangreicher und intensiver Nachrichtendienst einzufügen, der jeberzeit jeden Wirtschaftsbezirk mit genauesten Informationen über jedes irgendwiewissenswerte versieht. Von der revolutionären Einigkeit und Energie der führenden Genossen ist dann ohne weiteres zu erwarten, daß sie die soziale Revolution der Lage entsprechend vorwärts treiben.

Ihr werdet uns sofort entgegenwerfen: Sachsen wolle seine eigene Revolution machen, es sei anarchisch, individualistisch und separatistisch verfaßt. Solange Ihr mit solchen stinken Behauptungen kommt, setzt Ihr, daß Ihr Euch Eure Position zu leicht macht. Eine Bewegung, die ihre Kraft aus der betriebsweise zusammengefaßten Gesamtarbeit zieht, kann nicht individualistisch-anarchisch-plumbürgerlichen Charakters sein. Sie ist begründet auf der Kooperation, auf der Gemeinlichkeit aller produktiv Arbeitenden und leitet ihre Gesetze ausschließlich ab von deren Selbsten. Soweit alle Wirtschaftsbezirke politisch zusammengefaßt sind als Glieder des deutschen Reichs und als solche den gleichen zentralpolitischen Tatsachen unterliegen, wird sich die Wirkung

dieser allen Bezirken gemeinsamen Einflüsse auch überall mit gleich starker Kraft äußern, und die Revolution in Ostfachsen wird organisch eingegliedert sein der Gesamtrevolution Deutschlands. Worum es sich also handelt, ist zusammenfassend gefaßt: die Ablösung der formal ausgerichteten Disziplin durch eine organische, die aus dem allen gemeinsamen gleichgerichteten Willen herauswächst und gerade deshalb auch der jeweiligen Struktur der einzelnen Körper angepaßt ist.

Um aber unsere Differenzen nicht nur im theoretischen Fahrwasser zu lassen, um vielmehr ihren praktischen Hintergrund zu zeigen, erinnern wir Euch nochmals an alle Punkte, in denen Ihr eine typische Politik im allen Parteiennetze getrieben habt. Wir können Euch erinnern an Eure Sabotage der Rühleschen Berichte an Eure Parole: Wählt politische Arbeiterräte (auf den Wahlmodus kommt es nicht an), an Eure Denunziation des kommunistischen Bundes als einer Organisation von Spitzeln usw., an die absichtliche Entstellung des Rühleschen Standpunktes in der Organisationsfrage, der Abweignungsversuch von Rühle in Berlin. Aber wir wollen uns nicht bei Kleinigkeiten und allen Kamellen aufhalten. Wir wollen stattdessen noch einmal unsere Haltung zur dritten Internationale und zur sogenannten 'Parteizentrumierung' präzisieren und begründen.

Die dritte Internationale verlangt Anwendung hingerichteter Kampfmittel in den drei Punkten: Gewerkschaftspolitik, Parlamentspolitik und Parteipolitik. Die Parteipolitik der Russen ist den russischen Verhältnissen entsprechend straff zentralistisch und losgelöst von der Betriebsorganisation der russischen Arbeiter. Wenn Ihr nun auch in den beiden ersten Punkten den Forderungen der dritten Internationale nicht nachgeben wollt, so bedeutet doch Eure ganze Haltung in den letzten Kämpfen mit uns darauf hin, daß Ihr den dritten Punkt fallen lassen werdet zugunsten der russischen Anschauung. Aber dieser dritte Punkt ist organisch verknüpft mit den beiden anderen, er ist geradezu der fundamentale Punkt. Wer sich hier auf Kompromisse einläßt, steht unseres Erachtens nicht zu dem bereits einmal zitierten Satz, daß 'nur proletarische Klassenkampfmittel in ihrer entschlossenen und rücksichtslosen Anwendung entscheidend wirken können' — mithin nicht auf dem Boden des Programms der UAU.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die sogenannte 'Parteizentrumierung' des Genossen Rühle zu betrachten. Er hat nie einen Schritt daraus gemacht, daß er den Charakter der Partei unter allen Umständen bei unserer politischen Organisation zertrümmern will. Damit ist die Partei an und für sich, als politische organisierte Notwendigkeit, nicht gemeint. Wenn nun der Zentralausschuß, entgegen dem Organisationsstatut der Partei, den Genossen Rühle außerhalb der Partei stellt, dann drängt er damit den Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen aus der Partei heraus. Nicht, weil Ost-Sachsen hier Personen-Kultus treibe, sondern weil in Ost-Sachsen bereits System der politischen Arbeit geworden ist, was Ihr 'gemeingefährlich' und 'fontterrevolutionär' nennt. Es handelt sich nicht, wie anfangs schon gesagt war, um eine Personenfrage, sondern um die Konsequenz in der Durchführung der proletarischen Revolution.

Zum Schluß noch ein Wort über die Finanzierung der Partei. Ihr wißt, wir lehnen das feste Beitragsystem ab und verlangen Einführung des Umlageverfahrens. Theoretisch leuchtet ohne weiteres der proletarische Charakter des Umlageverfahrens ein. Während im System der festen Beiträge zwischen Eingang der Gelder und Rechenschaftsbericht eine kontrolllose Spanne Zeit liegt, in der beispielsweise auch nach dem Organisationsstatut der KAP befristete Parteifunktionäre im Zentralausschuß angestellt werden können, fällt im Umlageverfahren Eingang, Kontrolle und Ausgabe der Gelder praktisch fast zusammen. Es ist ohne weiteres klar, daß eine so enge Verknüpfung zwischen Einzelmitglied und Zentrale eine bisher ungeahnte Zusammenarbeit und Gebefähigkeit mit sich bringt, daß das tief eingewurzelte Mißtrauen des revolutionär bewußten Proletariats verschwindet in dem Moment, wo der Arbeiter sofort über die Art der Verwendung seiner Gelder Bescheid weiß. Wenn Ihr nun sagt: Das ist theoretisch ganz schön, aber die Praxis vermag dem nicht zu folgen, dann bitten wir Euch, Euch einmal über den Geschäftsgang der Finanzierung in der Union und — Ostfachsen zu informieren.

Mit kommunistischem Gruß

Eva Rauch

Genossen!

Werbt für den „Kommunist“!